

1. Plant Ihre Partei Maßnahmen oder Initiativen, um gegenüber der Bundesregierung und über den EU-Ministerrat darauf hinzuwirken, dass eingetragene gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen in mit allen Rechtsfolgen in anderen aus EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?

DIE LINKE hat sich menschenrechtlich, außenpolitisch, asylrechtlich und queerpolitisch etwa zur unhaltbaren Lage in Tschetschenien und dem Umgang mit verfolgten und entrechteten LSBTIQ* im Asylrecht und im BAMF eingebracht. Queere Geflüchtete sind aus Sicht der LINKEN mehrfach vulnerabel und brauchen besonderen Schutz. Menschen, die ihre Heimatländer aufgrund von Verfolgung wegen ihres Geschlechts oder der sexuellen Orientierung verlassen mussten, sollten bei der Asylantragstellung nicht kategorisch in Frage gestellt werden, sondern in Deutschland sicher und geschützt sein. Dass Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, die Homosexuelle strafrechtlich verfolgen, ist aus unserer Sicht unhaltbar.

Was das Verbot der aufschiebbaren Operationen an intergeschlechtlichen Kindern angeht, wollen wir, dass Deutschland europaweit mit den Vorreitern aus Malta (2015), Portugal (2018) gleichzieht und hier sein Gewicht auf europäischer Ebene in die Waagschale wirft. DIE LINKE hat auf europäischer Ebene bereits eine Entschließung zu Rechten von inter*- Personen (siehe Antwort auf Frage 2) im Februar erwirkt.

Natürlich kämpfen wir auch im Europaparlament u.a. dafür, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften verpflichtend überall in der EU anerkannt werden sollen. Was Diskriminierung und Hassverbrechen angeht, wird seit Jahren im Europaparlament auch unsererseits Druck gemacht für ein Gesetzesprojekt, die allgemeine Antidiskriminierungsrichtlinie, die aber die Regierungen im Rat blockieren.

Grundsätzlich unterstützen wir Initiativen, denen es um eine europaweite Anerkennung der dritten Option beim Geschlechtseintrag, um Selbstbestimmung bei der Änderung von Vornamen und Personenstandseinträgen oder der Anerkennung jeder Ehe oder Elternschaft geht. Hier sind allerdings auch die entsprechenden Gesetze in Deutschland voranzubringen. In queerpolitischen Fragen orientiert sich die GroKo leider überhaupt nicht an den Bedarfen, die Fachverbände, Ethikrat oder auch interministerielle Arbeitsgruppen vertreten, sondern hängt am Dogma der strikten Zweigeschlechtlichkeit, das nur dann in eng abgesteckten Grenzen geöffnet wird, wenn das Bundesverfassungsgericht es vorschreibt.

Es werden also immer auch EU-Initiativen gefragt sein, um auf die Bundesregierung einzuwirken, die wiederum sich an EU-Abkommen, Beschlüsse und Richtlinien auch halten müsste.

2. Plant Ihre Partei Maßnahmen oder Initiativen, um gegenüber der Bundesregierung und über den EU-Ministerrat, um im EU-Ministerrat darauf hinzuwirken, dass LSBTI in der gesamten EU besser geschützt sind, insbesondere in Ländern, in denen immer wieder von starker Diskriminierung, Hass und Gewalt gegen diese Minderheiten berichtet wird? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?

Natürlich. Die Europawahl war erst am Wochenende, die nächsten Wochen werden sich die Fraktionen vermutlich sortieren, dann ist über konkrete inhaltliche Vorhaben mehr bekannt. Unsere parlamentarischen Initiativen als Bundestagsfraktion konzentrieren sich im Wesentlichen auf den Kompetenzbereich der Bundesregierung. Aber auch DIE LINKE auf europäischer Ebene kämpft dafür, den Schutz von LSBTIQ* zu stärken und ihre Rechte zu gewährleisten. So wurde auf Initiative von Cornelia Ernst (GUE/NGL) im Innenausschuss eine erstmalige Entschließung zu den Rechten von inter Personen vorbereitet und am 14. Februar 2019 vom Europäischen Parlament angenommen (http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0128_DE.html).

Auch eine zuverlässige Erfassung homo- und transfeindlicher Gewalt und Hasskriminalität, wie sie etwa die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) von Deutschland fordert (<https://rm.coe.int/interim-follow-up-conclusions-on-germany-5th-monitoring-cycle/16808b568a>), ist nach wie vor nicht gegeben. DIE LINKE fordert für die Umsetzung der ECRI-Empfehlungen auch Sanktionsmöglichkeiten. Das würde dann Deutschland ebenso betreffen wie alle anderen EU-Mitgliedsstaaten.

Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für den Aufbau einer verlässlich finanzierten europäischen Präventionsarchitektur ein. Dazu fordern wir, dass europaweite Programme finanziell gestärkt werden, die Mittel für Initiativen und Projekte gegen Diskriminierung, Hass und Gewalt gegen Minderheiten bereitstellen. Dass gerade erst das Familienministerium eine Kürzung der Förderung von Koordinierungs-Projekten gegen rechte Gewalt ankündigte, ist allerdings eine dramatische Entwicklung, die auch eine Zunahme rassistischer und rechter Gewalt gegen queere und gender-nonkonforme Menschen in Kauf nimmt.

3. Wie bewerten Sie die Forderung, Sanktionsmaßnahmen gegenüber anderen EU-Mitgliedsstaaten einzuführen (wie etwa gegebenenfalls Budgethilfen zu streichen oder die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden) sofern dort Strafverschärfungen gegen LSBTIs zu beobachten sind?

Jede Kriminalisierung von LSBTIQ* verstößt eindeutig gegen europäisches Recht. Bei konsequenter Anwendung würden die EU-Richtlinien schon heute einen weitreichenden Schutz vor Diskriminierung gewähren.

DIE LINKE tritt für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar und vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung. Das gilt selbstverständlich auch für LSBTIQ*. Deshalb wollen wir, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU regelmäßig länderspezifisch evaluiert und Verstöße sanktioniert werden. Außerdem sprechen wir uns dafür aus, dass eine mangelnde Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und von der Agentur für Grundrechte der EU in den Mitgliedstaaten der Union sanktioniert werden kann. Wir unterstützen Vertragsverletzungsverfahren gegen die homophoben Regierungen in Polen und Ungarn.

4. Beabsichtigen Sie, dem Antrag der FDP „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der Europäischen Union schützen“ zuzustimmen oder den Antrag abzulehnen? Wir bitten um eine kurze Begründung hierfür.

Eine Detailbewertung oder Abstimmungsaussage (die in der Fraktion entschieden wird) folgt, sobald uns der Antrag offiziell und final vorliegt. Mit der Grundausrichtung gibt es aber viele inhaltliche Überstimmungen. Auf den ersten Blick diskussionswürdig ist aus unserer Sicht, dass die EU-weite Eheanerkennung gefordert wird, nicht aber gleichzeitig auch die EU-weite Anerkennung der Dritten Option, ein OP-Verbot an Kindern mit intergeschlechtlichen Merkmalen oder die rechtliche Selbstbestimmung bei Korrekturen des Geschlechtseintrags.